

## **Brasilien: Evangelikale Ministerin verwässert Menschenrechte**

### **Brasiliens neue Ministerin für Menschenrechte sorgt mit einer albernem Aussage für Aufruhr im Internet.**

"Jungs ziehen sich blau an, Mädchen rosa": Mit dieser Äusserung hat Brasiliens neue Ministerin für Frauen, Familien und Menschenrechte, Damares Alves, in sozialen Netzwerken eine Flut empörter wie humorvoller Reaktionen ausgelöst.

In einem Video, das sich am Freitag rasend schnell im Internet verbreitete, ist die Ministerin zu sehen, wie sie am Rande ihrer Amtseinführung begeistert sagt: "Achtung, Achtung. Es ist eine neue Ära in Brasilien: Die Jungs ziehen sich blau an und die Mädchen rosa".

Als Reaktion darauf veröffentlichten zahlreiche Prominente Fotos, auf denen Frauen in blau und Männer in rosa posieren. Viele Nutzer reagierten mit Humor, eine Frau fragte mit Verweis auf das blaue Schlumpf-Mädchen: "Und Schlumpfine? Wurde ich mein ganzes Leben lang belogen?" Im Online-Netzwerk Facebook rief eine Gruppe für Sonntag zu einer Demonstration am Copacabana-Strand in Rio de Janeiro auf, zu der "Frauen in Blau, Männer in Rosa" oder jeder beliebigen anderen Farbe kommen sollen.

Alves ist eine von nur zwei Frauen im 22-köpfigen Kabinett des rechtsextremen Präsidenten Jair Bolsonaro, der für seine frauen- und LGBTI-feindliche Haltung bekannt ist. Auf die Kritik im Netz antwortete sie, ihr Ausruf sei eine "Metapher gegen die Gendertheorie" – mit diesem Begriff kämpfen LGBTI-feindliche Politiker weltweit gegen die Gleichstellung von Frauen oder die Anerkennung und Akzeptanz von Homo- und Transsexuellen an. "Jungen und Mädchen können sich in blau, in rosa, in allen Farben anziehen, so wie sie sich am wohlsten fühlen", erklärte sie. Alves ist eine ultrakonservative Juristin und evangelikale Pastorin und als scharfe Abtreibungsgegnerin und Feminismuskritikerin bekannt.

Erst am Neujahrstag hatte Alves ihren Posten als Ministerin angetreten. Ihr Ministerium ist nicht mehr wie zuvor auch für den Schutz der Rechte von Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Transpersonen verantwortlich. LGBTI-Aktivisten sind besorgt, dass die homo- und transsexuellenfeindliche Haltung der neuen Regierung zu einem Anstieg der Übergriffe auf sexuelle und geschlechtliche Minderheiten führen könne.